

RM Bruns erklärt, dass für ihn als Angestellter des Landkreises Friesland das gesetzliche Mitwirkungsverbot gilt und er daher an der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teilnehmen wird. Er setzt sich während der Dauer der Beratung dieses Tagesordnungspunktes in den Zuschauerraum.

StD Müller trägt den Beschlussvorschlag vor.

RV Masemann teilt mit, dass den Ratsmitgliedern ein Antrag des Stadtelternrates auf Zurückstellung dieses Tagesordnungspunktes vorliegt.

RM Just begründet den Antrag der Fraktion „Freie Bürger“ und weist darauf hin, dass die Kündigung des Vertrages bis zum 31.07.2022 erfolgen muss und daher eine Vertagung dieses Punktes wegen der erforderlichen Fristwahrung nicht möglich ist.

Seine Fraktion spricht sich bereits seit zwei Jahren hauptsächlich aus finanziellen Gründen für eine Abgabe der Kindertagesstätten an den Landkreis aus. Für die Stadt Schortens würde sich dadurch dauerhaft ein finanzieller Vorteil von etwa 1 Mio. € jährlich ergeben. Dieses Geld benötige die Stadt dringend, so RM Just, zumal der Haushaltsüberschuss in diesem Jahr mit 300.000,00 € kalkuliert wurde, für die Umsetzung der geplanten Investitionen aber 1,2 Mio. € benötigt werden.

RM Just betont, dass eine solche Verbesserung des Haushalts sonst lediglich durch erhebliche Steuererhöhungen erreicht werden könnte, was jedoch die Bürger*innen entsprechend belasten würde. Auch sei davon auszugehen, dass der Kreis diese Aufgabe nicht schlechter wahrnehmen werde, da er über größere finanzielle und personelle Ressourcen verfüge. Hierzu verweist er auf eine Pressemitteilung des Landkreises, in der mitgeteilt wurde, dass alle Verträge fortgeführt und bestehende Standards aufrechterhalten sowie alle Gebäude übernommen werden. Der einzig geäußerte Vorbehalt, so RM Just, sei eine mögliche Erhöhung der Kreisumlage bei möglicher Entstehung von Mehrkosten gewesen. Er geht aber davon aus, dass es für solche Mehrkosten keine Grundlage gibt und diese daher nicht umlagefähig wären, da die Standards der Kinderbetreuung in allen Kommunen über den gesetzlichen Standards liegen.

RM Kasig erklärt, dass die Fraktion „Freie Bürger“ den Ansatz zur Kündigung des Vertrages bereits seit den ersten Verhandlungen verfolgt hat. Er sei aber sehr überrascht davon gewesen, dass die Fraktion „BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN“ und die CDU-Fraktion, die zur Findung des Verhandlungsergebnisses beigetragen haben, nunmehr ausgeschert seien und sich dem Antrag der Fraktion „Freie Bürger“ angeschlossen haben.

Er betont, dass sich die SPD-FDP-Gruppe klar gegen eine Kündigung des Vertrages ausspricht und gibt zu bedenken, dass die Auswirkungen auf die vertraglichen Beziehungen zu den Trägern nicht einzuschätzen seien, da sie abhängig seien von den Verhandlungen. Ebenso wie die Kosten für die laufenden Investitionen, z. B. für den Neubau des Kindergartens Jungfernbusch. In einem Telefonat habe der Landrat ihm versichert, mit der Minimaleinstellung in die Verhandlungen zu gehen. Daher sei davon auszugehen, dass der Landkreis maximal die Schuldentilgung übernehmen werde. Einen Ausgleich für die Errichtung eines Gebäudes werde es nicht geben.

RM Kasig glaubt schon, dass der Landkreis seine Aufgabe im Sinne des Gesetzes erfüllen wird, gibt aber zu bedenken, dass die Stadt Schortens über den Standard hinaus ca. 160.000,00 € jährlich investiert. Es sei unklar, ob auch der Landkreis bereit sein wird, vorhandene höhere Standards zu erhalten. Er bittet die neue Mehrheitsgruppe, ihm einen stichhaltigen Grund zu nennen, warum man die frühkindliche Bildung aus der Hand geben sollte.

Zur möglichen Erhöhung der Kreisumlage merkt er an, dass es im Landkreis Hildesheim eine zweigeteilte Kreisumlage gibt und der Unterschied zwischen Kommunen, die die Aufgaben der Kinderbetreuung wahrnehmen und denen, die das nicht tun, 8,65 Umlagepunkte beträgt.

Zu den bestehenden Arbeitsverträgen merkt er an, dass der Landkreis Friesland darüber entscheiden wird, ob er die Kinderbetreuung selber durchführen oder an „Freie Träger“ weitergeben wird. Unter Umständen hätte dies zur Folge, dass die bisherigen Arbeitsbedingungen der Mitarbeitenden nach den Bestimmungen des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst nicht weitergeführt werden. Auch sei fraglich, was mit der betrieblichen Altersversorgung geschehen werde.

RM Kasig weist darauf hin, dass Erzieherinnen und Erzieher auf dem Arbeitsmarkt fehlen und gibt zu bedenken, dass sich viele der Mitarbeitenden bei Zustimmung zur Kündigung noch vor Vertragsende wegbewerben und anderweitig orientieren werden. Im Namen der SPD-FDP-Gruppe beantragt er abschließend die Vertagung dieses Tagesordnungspunktes.

RM Perdita Gunkel, unterstreicht, dass das Wohl der Kinder und die Qualität der Erziehung und Förderung an oberster Stelle stehen sollten und man darauf nur Einfluss nehmen könne, wenn diese Aufgabe bei der Stadt verbleiben würde.

In Zeiten des gravierenden Personalmangels werde riskiert, so RM Gunkel, dass bei Übernahme durch Dritte möglicherweise Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihren Job verlieren werden. Sie gibt zu bedenken, dass die Mitarbeitenden durch den allgegenwärtigen Personalmangel schon genug auf ihren Schultern zu tragen haben und auch die gesetzlichen Neuregelungen das Ganze zudem nicht leichter machen würden.

Wegen der Kündigung bestehe für die Eltern nun die Frage, ob die Qualität in der Erziehung und Betreuung beibehalten und ob die eigene Kita vielleicht geschlossen wird.

Im Namen der SPD-FDP-Gruppe appelliert sie daher dafür, der Kündigung des KiTa-Vertrages im Sinne der Kinder und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt nicht zuzustimmen.

RM Ottens erklärt, dass die Kinderbetreuung in den letzten Jahren immer komplexer und anspruchsvoller geworden ist und die Stadt Schortens auch künftig vor nicht unerheblichen Voraussetzungen stellen wird. Seine Fraktion ist der Auffassung, dass die Stadt Schortens diesen nur schwerlich gewachsen sein wird. Er betont, dass sich dies nicht auf das Personal in den Kindertagesstätten bezieht, das – oft unter schwierigsten Umständen - hervorragende Arbeit leistet. Seine Fraktion sieht vielmehr den Landkreis Friesland als nach dem Gesetz eigentlich Verantwortlichen hinsichtlich seines Overheadpersonals deutlich besser aufgestellt, das Personal in den Kindertagesstätten zu führen. Die letzten Ereignisse und Diskussionen um den Schimmelbefall in den Containern in Oestringfelde würden hier eine deutliche Sprache sprechen.

Zum Redebeitrag des RM Kasig merkt er an, dass der alte Vertrag keine Kündigungsmöglichkeit beinhaltet. Dem neuen Vertrag habe seine Fraktion vor vier Monaten zugestimmt, weil dieser einen Ausstieg vorsieht, zumal sie der Ansicht ist, dass das verankerte Äquivalenzmodell den Interessen der Stadt nicht gerecht wird.

Er betont, dass der Landkreis in seiner Presseinformation erklärt habe, dass er als Rechtsnachfolger auch die bestehenden Verträge mit den „Freien Trägern“ (Kirchenträger) vertragstreu erfüllen werde und es seitens der Kreisverwaltung – vorbehaltlich politischer Beratung und Entscheidungen - keine Überlegungen gebe, die städtischen Kindergärten an Dritte zu geben.

Weiter führt er aus, dass durch die Änderung des Gesetzes für Kindertagesstätten und Kindertagespflege einheitliche und verbindliche Qualitätsstandards für die Kindertagespflege geschaffen wurden. In diesem Zusammenhang habe der Präsident des Städte- und Gemeindebundes, kürzlich in der Mitgliederversammlung ausgeführt, dass die Kommunen die Betreuungszeit ihrer Einrichtungen aufgrund von fehlendem Geld und Personal einschränken mussten. Näher geht er auch auf die Aussage einer Gewerkschaftssekretärin ein, wonach viele Erzieherinnen und Erzieher schon bereits wenige Jahre nach der Ausbildung die Kindertagesstätten wieder verlassen, weil sie die Arbeit als zu belastend empfinden und ihrem pädagogischen Auftrag nicht nachkommen können. Der allgemeinen Diskussion könne man entnehmen, so RM Ottens, dass an diesem Vorgehen nichts verwerflich ist, sondern dies zur politischen Diskussion dazu gehöre.

Abschließend teilt er mit, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN davon überzeugt ist, dass die Kinderbetreuung bei allen sich abzeichnenden Problemen in Zukunft wesentlich besser beim Landkreis aufgehoben sein wird und sie den Antrag der Fraktion „Freie Bürger“ daher unterstützt.

RM Sudholz erklärt, dass das Kindergartenkonzept in Schortens absolut korrekt ist und die Mitarbeitenden eine super Arbeit leisten.

Anschließend geht sie näher auf die umfassenden Neuregelungen des Kindertagesstättengesetzes ein, die zwingend umzusetzen sind. Sie betont, dass eine Umsetzung unter den Rahmenbedingungen, die die Stadt Schortens ihren Mitarbeitenden zurzeit anbieten kann, aber nicht möglich sein wird. Auch in Gesprächen in ihrer Funktion als Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses habe sie erfahren, dass sich bereits viele Schulleitungen und Leiter*innen von Kindertagesstätten die Frage stellen, wie sie diese neuen Regelungen des Gesetzes – u. a. zur Inklusion, Dokumentation, Sprachförderung – mit welcher Personaldecke umsetzen sollen. Sie betont, dass der Stadt Schortens keine Mittel für zusätzliches Personal zur Umsetzung dieser Dinge zur Verfügung stehen, was wiederum bedeuten würde, dass die Qualität nicht da ankommen würde, wo sie hingehört, nämlich bei den Kindern.

Auch möchte RM Sudholz nicht, dass die Mitarbeitenden wegen eines Burnouts ihren Beruf aufgeben müssen. Es ist ihr eine Herzensangelegenheit, die Kindertagesstätten so aufstellen zu lassen, dass die Mitarbeitenden ihre Arbeit qualitativ gut umsetzen können und die Kinder und Eltern zufrieden sind.

Aufgrund der vorgenannten Ausführungen unterstützt die CDU-Fraktion den Antrag der Fraktion „Freie Bürger“.

RM Sudholz ermutigt die Mitarbeitenden, diese Veränderung nicht als absoluten Nachteil anzusehen und sie bittet darum, die Übergabe zum Anlass zu nehmen, die Neuerungen nachhaltiger und besser umsetzen zu können. Sie erklärt, dass die Kreistagsabgeordneten aus Schortens die Mitarbeitenden zukünftig begleiten und Unterstützungsangebote machen werden.

RM Buß gibt zu bedenken, dass die übrigen Städte und Gemeinden zum Wohle der Stadt sicherlich nicht mehr Geld zahlen wollen. Daher sei damit zu rechnen, dass der Landkreis die Stadt Schortens zur Kasse bitten wird oder die Leistungen nur noch nach dem Mindeststandard angeboten werden.

BM Böhling erklärt, dass sich in der Regel alle Kommunen dafür einsetzen, Aufgaben, die die Selbstverwaltung betreffen, zu behalten. Daher ist er sehr verwundert darüber und er bedauert es sehr, dass der Rat mit der Kinderbetreuung ein Kernstück der kommunalen Selbstverwaltung aufgeben möchte.

Er erinnert daran, dass in den Verhandlungen zum kürzlich abgeschlossenen Vertrag eine deutliche finanzielle Verbesserung für die Stadt Schortens in Höhe von 2 Mio. € jährlich erreicht werden konnte. Aufgrund von Gesprächen in den letzten Tagen befürchtet BM Böhling, dass seitens des Landkreises auch Überlegungen zur Übernahme der Grundschulen angestellt werden könnten, die auch Teil des Kinderbetreuungskonzeptes in Schortens sind. Dementsprechend hat sich der Landrat so geäußert.

BM Böhling bestätigt, dass die Aufgaben im Kindergarten- und auch im Schulbereich immer umfangreicher werden, jedoch nicht nur in der Stadt Schortens, sondern in allen anderen Städten und Gemeinden. Da die engagierten Mitarbeitenden in den Einrichtungen und in der Verwaltung ihre Arbeit in den letzten Jahrzehnten immer gut umgesetzt haben, geht er davon aus, dass auch die neuen Aufgaben entsprechend gut umgesetzt werden würden.

Von daher findet er es ungehörig, dass die Diskussion über den „Schimmelbefall in der Krippe Oestringfelde“ zum Anlass genommen wird, in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, dass die Verwaltung ihre Aufgaben nicht richtig wahrnimmt.

Er merkt an, dass sich diese Entscheidung durchaus auf die Höhe der Kreisumlage auswirken könnte, weil davon auszugehen sei, dass Kreistagsmitglieder aus den anderen Kommunen eine finanzielle Besserstellung der Stadt Schortens nicht unterstützen werden.

RM Just erwidert, dass sich die finanzielle Verbesserung durch Abschluss des Vertrages auf lediglich 1 Mio. € beläuft, da im Gegenzug die Kreisumlage entsprechend erhöht worden sei. Der dem jetzigen Vertrag zugrunde gelegte Verteilungsschlüssel stelle für seine Fraktion einen weiteren Grund für die Kündigung des Vertrages dar, weil andere Kommunen einen Kostenanteil von 50 % ersetzt bekommen, die Stadt Schortens jedoch nicht, sondern 300.000,00 € weniger.

RM Just erinnert daran, dass die Stadt vor einigen Jahren auch die Aufgabe „Jugendwerkstatt“ an den Landkreis abgegeben hat, wodurch eine finanzielle Entlastung von 180.000,00 € jährlich erzielt werden konnte.

Er gibt zu bedenken, dass eine Abgabe der Grundschulen nur mit Zustimmung erfolgen könnte, da es sich hierbei um eine Aufgabe der Städte und Gemeinden handelt.

Frau Brumme, Personalrat, erklärt, dass die Presseberichterstattung in den vergangenen Tagen bei den betroffenen Beschäftigten (Erzieherinnen und Erziehern, Hausmeistern, Reinigungskräften) zu viel Unruhe und Sorgen geführt hat. Zwar könne man der Sitzungsvorlage entnehmen, dass für alle Beteiligten keine nennenswerten Nachteile entstehen werden, jedoch gebe es noch keine sicheren Auskünfte darüber, was die Kündigung nach sich ziehen werde.

Die Leitungen hätten große Sorge, dass viele gute Fachkräfte in den nächsten Monaten abwandern könnten und sie würden sich Gedanken darüber machen, wie die Aufgaben mit dem verbleibenden Personal noch umgesetzt werden können.

Die „Familienfreundlichkeit“, so Frau Brumme, sei ein Aushängeschild der Stadt. Von daher stelle sich für die Mitarbeitenden die Frage, was mit den Familien und den Kindern passieren wird, wenn das Personal kündigt und vermutlich kein neues akquiriert werden kann. Sie gibt zu bedenken, dass dies eine Änderung der Aufnahmerichtlinien und der Konzepte erforderlich machen könnte.

Abschließend teilt sie mit, dass sich alle Mitarbeiter*innen bewusst dazu entschieden haben, für die Stadt Schortens zu arbeiten, ihre Konzepte mit viel Hingabe erstellt haben und auch weiter mit ihrem Träger zusammenarbeiten wollen. Im Namen der Mitarbeitenden fordert sie

die Ratsmitglieder auf, das Thema noch einmal zu vertagen, damit alle Betroffenen ausreichend informiert werden.

RM Burgenger erklärt, dass der vorherige Kindergartenvertrag keine Kündigungsklausel hatte, eigentlich nichtig war und vor keinem Gericht der Welt Bestand gehabt hätte. Das sei auch dem Landrat und allen Beteiligten klar gewesen. Deswegen sei es erforderlich gewesen, zunächst einmal einen Vertrag mit Kündigungsklausel auszuhandeln.

Wer glaube, die Stadt würde durch die Übertragung Geld einsparen, der würde sich der Tagträumerei hingeben. Selbstverständlich werde der Landkreis alle Aufgaben der Kinderbetreuung in die Kreisumlage einpreisen. Der Kreis müsse doch die Kommunen, die die Aufgabe übernehmen, eher besser aber mindestens genauso gut stellen wie die Kommunen, die sagen, dass sie diese Aufgabe nicht übernehmen. Es sei absurd zu glauben, die Stadt Schortens bekomme eine Bevorzugung.

Seit einem halben Jahr gebe es jetzt den Vertrag mit Kündigungsklausel. Selbst wenn man nur den Verteilungsschlüssel des Äquivalenzmodells zur Grundlage nehme und sagen würde, die will ich nicht, dann habe man nur die Möglichkeit, den Vertrag zu kündigen. Dies sei die einzige Möglichkeit, die man habe, dagegen vorzugehen. Aber, so RM Burgenger, der Fraktion „BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN“ gehe es nicht um das Finanzielle, sondern um die Qualität.

Die Aufgabe „Kinderbetreuung“ sei in den letzten 30 Jahren kontinuierlich und massiv angewachsen. Vor 30 Jahren sei sie ein kleiner Randbereich gewesen; da habe es in Schortens drei kirchliche Kindergärten und Spielkreise gegeben. Krippen habe es überhaupt nicht gegeben. Mittlerweile sei dieser Arbeitsbereich im Landkreis Friesland ungeheuer gewachsen; kreisweit dürften es ca. 1.000 Mitarbeitende in dem Bereich sein. Und auch die Ansprüche hätten sich verändert. Mittlerweile sei die Rede von Bildungskonzepten. Davon habe vor 30 Jahren noch kein Mensch geredet.

Man müsse sich aber die Frage stellen, woran die Bürger*innen und Betroffenen interessiert seien. RM Burgenger ist der Ansicht, dass es den Betroffenen und Eltern egal ist, wer diese Aufgabe erfüllt. Die seien vielmehr daran interessiert, dass diese Aufgabe gut erfüllt wird und die Arbeitsbedingungen für die Mitarbeitenden stimmen.

Und da müsse man sich fragen, wie diese Aufgabe bei der Stadt aufgestellt sei. Die dienstlichen Vorgesetzten der Erzieher*innen der Kindertagesstätten und Krippen seien der Bürgermeister und seine Verwaltungsmitarbeiter*innen. Einen pädagogischen Overhead gebe es bei der Stadt nicht. Die Struktur allerdings, die würde die Stadt hier vorgeben. Der Landkreis habe zwar eine Fachaufsicht, aber die formelle Struktur sei die Stadtverwaltung. Insofern wäre eine Übertragung an den Landkreis eine Vereinfachung der Struktur, weil die Fachaufsicht und die fachliche Beratung gleich mit im Hause wären.

RM Burgenger behauptet, dass der Landkreis es besser kann. Wie die Stadt es aktuell mache, so RM Burgenger, das habe man gerade in der Krippe Oestringfelde angesichts des Verdachts auf Schimmel erlebt. Die Sorgen und Befürchtungen der Eltern seien wochenlang überhaupt nicht ernst genommen worden. Sie seien gegen eine Gummiwand aus Ignoranz gelaufen. In ihrer Verzweiflung hätten sie schließlich Strafanzeige gestellt. Mehr als zwei Monate habe der Bürgermeister gebraucht, um auf die Idee zu kommen, dass man sich ja vielleicht fachlichen Rat beim Gesundheitsamt holen könnte. Das, so RM Burgenger, sei doch keine fachlich gute Arbeit. Beim Landkreis hätte da ein hausinternes Telefonat gereicht.

Und der Landkreis insgesamt, auch in der Rolle als Fachaufsicht, sei überhaupt nicht informiert worden. Irgendwann seien die Kinder einfach in die Turnhalle gesteckt worden. Da habe erst das Landesjugendamt ein „P“ vorsetzen müssen. Das, so RM Burgenger, könne der Landkreis besser. Er sieht hier ein ziemliches Versagen der Stadt.

Er spricht BM Böhling direkt an und erklärt, dass er hier kein Versagen bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sieht, sondern sein Versagen. Und wenn er sich jetzt pressewirksam vor seine Mitarbeitenden zu stellen versuche, so RM Burgenger, sei das billige Effekthascherei. Niemand greife die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an. BM Böhling sei derjenige, der diese eben aufgeführte Liste zu verantworten habe. Sein Krisenmanagement habe das Vertrauen der Eltern zerstört.

Abschließend teilt RM Burgenger mit, dass er eine Chance auf eine fachlich bessere Kinderbetreuung sieht, wenn der Landkreis diese Aufgabe übernimmt. Der Landrat habe bereits erklärt, dass er dann die Rechtsnachfolge übernehmen und damit auch in die bestehenden Arbeitsverträge eintreten werde. Das Veränderungen immer auch Verunsicherung mit sich bringen, könne er gut nachvollziehen. Er richtet sich direkt an die Mitarbeiter*innen und versichert ihnen, dass er sich in seiner Funktion als Kreistagsmitglied für ihre Arbeitsbedingungen einsetzen wird.

StD Müller erwidert in ihrer Funktion als Fachbereichsleiterin Personal, dass RM Burgenger glücklicherweise das Personal der Kindertagesstätten ausgenommen habe, denn das hätte sie auch verteidigt, weil die Stadt super Personal habe.

Ergänzend führt sie aus, dass alle Kommunen Personalengpässe haben und nicht nur die Stadt Schortens. Jedoch sei es weit hergeholt zu sagen, dass die Stadt ein schlechter Träger sei, weil sie Personalengpässe habe. Es sei richtig, dass sich die Arbeit in den Kindertagesstätten seit Jahren immer weiter fortentwickelt. Und die Stadt sei diesen Anforderungen in den letzten Jahren mit ihrem sehr guten Personal auch immer gerecht geworden.

Für sie als Leiterin des Fachbereiches Personal sei es fast unerträglich, wie in dieser Sitzung über den Träger geredet werde. Es sei richtig, dass die Stadt ein Schimmelproblem habe und die Bearbeitung nicht optimal gelaufen sei. Zu dieser Sache werde sie sich aber erst nach Abschluss der Untersuchung äußern. Aber es jetzt so zu verquicken, dass in der Verwaltung unfähiges Personal sitzt, das nicht weiß, wovon es redet, sei unverschämt.

Sie spricht RM Burgenger direkt an und erklärt, dass diese Ignoranz und das persönliche Scharmützel, das er gerade mit dem Bürgermeister aufgemacht habe, trotzdem auf die Kosten aller Mitarbeitenden gehe.

Abschließend weist sie darauf hin, dass sie auch im Rathaus engagierte Mitarbeiter*innen hat, die jetzt mit in diesen Sog hineingezogen werden, was sie unmöglich findet. Ihrer Ansicht nach sollte er sich seiner Rolle als Ratsmitglied und damit Dienstvorgesetzter verantwortlich sein. Sie gibt zu bedenken, welcher Arbeitgeber sein ganzes Team, ob Backoffice oder Frontoffice, in einer öffentlichen Sitzung so schlecht macht. Das habe schon Qualität.

BM Böhling erklärt an RM Burgenger gerichtet, dass er diese Arroganz von ihm kenne, das sei schon immer so bei ihm gewesen. Sonst habe er ihn immer gedeckt und jetzt bekomme er den Dank dafür. Aber das sei ein anderes Thema.

Er räumt ein, dass Fehler passiert sind und er auch dazu steht. Vor kurzem habe es auch einen Pressebericht gegeben, in dem er seine Meinung mitgeteilt habe. Er wolle das überhaupt nicht kleinreden. Allerdings wüsste er nicht, dass alle anderen fehlerlos seien.

BM Böhling richtet das Wort noch einmal an RM Burgenger und erklärt, dass er als sein langjähriger Chef schon beurteilen könne, dass auch bei ihm mal was schiefgelaufen sei. Doch dann sei es so gewesen, dass er sich schützend vor ihm gestellt habe.

Er merkt an, dass wenn einzelne Ratsmitglieder die Verwaltung diskreditieren wollen, dann solle man sich an ihm abarbeiten, aber nicht an seinen Mitarbeitenden, die einen guten Job machen.

RM Burgenger erklärt, dass er dies auch getan habe.

Abschließend teilt BM Böhling, dass die Kindertagesstätten seiner Ansicht nach wesentlich besser bei der Stadt Schortens als beim Landkreis aufgehoben sind.

RM Kasig beantragt eine namentliche Abstimmung über diesen Tagesordnungspunkt.

Es folgen Redebeiträge der Ratsmitglieder Homfeldt und Lütjens,

Anschließend folgen Redebeiträge und Fragen von Eltern und Mitarbeitenden, die als Gäste an der Sitzung teilnehmen.